

Mainzer Weg aus der Sozialhilfe

Die SPD in Rheinland-Pfalz hat ein „Mainzer Modell“ vorgelegt, von dem sie sich mehr Beschäftigung und geringere Ausgaben für Sozialhilfe erhofft. Der Staat soll Geringverdienern Zuschüsse gewähren, damit niedrig entlohnte Arbeit attraktiver wird.

Während es im bisher sozialversicherungsfreien Bereich bis 620 Mark in der Bundesrepublik geschätzt rund 5,6 Millionen Jobs gibt, sind „Jobs bis zu einem Einkommen von 1 400 Mark monatlich“, so der Mainzer Finanzstaatssekretär Ingolf Deubel (SPD) eine eher zu vernachlässigende Größe.

Laut Statistik aus dem Jahr 1995 gibt es, wie Deubel anmerkt, in diesem Bereich nur 66 000 gemeldete Beschäftigungsverhältnisse bundesweit. Zu wenig, um den Arbeitsmarkt zu beleben. Außerdem seien diese Jobs für Sozialhilfeempfänger unattraktiv, stellt eine Arbeitsgruppe der rheinlandpfälzischen SPD um Ingolf Deubel und den Sozialminister Florian Gerster fest.

Der Mainzer Vorschlag sieht vor, daß oberhalb der 620-Mark-Grenze bis zu einem Einkommen von 1 550 Mark bei Ledigen und 3 100 Mark bei Verheirateten der Staat aus Steuermitteln einen „abschmelzenden Zuschuß zum Sozialversicherungsbeitrag zahlt“. Außerdem beinhaltet das Mainzer Modell, Familien mit Kindern und Sozialversicherungsanspruch einen Zuschlag von bis zu 150 Mark zusätzlich zum Kindergeld zu zahlen. Dieser Zuschlag werde, so die Mainzer SPD-Überlegungen, linear an die Wohngeldberechtigung gekoppelt und käme in Rheinland-Pfalz rund 16 000 Arbeitnehmer-Haushalten zugute.

Mit dem Modell, das Ingolf Deubel federführend entwickelt hat, verfolgt Mainz das Ziel, mehr Personen in Beschäftigung zu bringen und die Sozialhilfe-Ausgaben der Kommunen zu senken. Im Alleingang eines Bundeslandes ist es jedoch nicht durchzusetzen. Könnte das Mainzer Modell auf Bundesebene realisiert werden, könnte ein Haushalt schon bei einem Verdienst von 2100 Mark die Sozialhilfeschwelle überschreiten. Damit, so sieht es (Ministerpräsident) Beck, wäre ein Anreiz gegeben, daß sich „Arbeit auch für Kleinverdiener wieder lohnt“.

Beck, der das Mainzer Modell durchaus mit Bonner Vorschlägen für kompatibel hält, sieht in den Überlegungen auch einen Weg, die „Aufspaltung normaler Beschäftigungsverhältnisse in mehrere geringfügige Tätigkeiten“, zu stoppen und „Mißbrauchsmöglichkeiten zu beseitigen“. Außerdem setze die Beitragsbelastung für Arbeitnehmer oberhalb der 620-Mark-Schwelle nicht „schlagartig“ ein. Der „Flucht aus der Sozialversicherung“ könne, damit Einhalt geboten werden.

Nach: Frankfurter Rundschau vom 25.11.1998

